



Banner der Frankfurter Gruppe Thund in Paradise. Photo: BDS Initiative Oldenburg

Entwicklungen in Deutschland mit Bezug zum israel.- paläst. Konflikt

Riad Othman, medico international
Nürnberg, 10. Juni 2023

Heutiger Ablauf

Kurzvorstellung medico international e. V. als Organisation und ihre Arbeit vor Ort

Kurzes Innehalten: Wovon reden wir eigentlich, wenn wir in Deutschland zum Thema Israel/Palästina sprechen/arbeiten?

Erkunden der Fragen, teilen der Beobachtung

Gespräch mit Ihnen und Euch

medico international e.V.



Historische Aufnahme medico-Ambulanzen. Photo: medico

1968 Gründung im Kontext der Kriege in Vietnam u. Biafra

1970/80er Wandel des Ansatzes: von Wohltätigkeit zu Solidarität

Z. B. Unterstützung von Projekten und Bewegungen in Lateinamerika, Kurdistan und andernorts

2000er Entwicklung Kritische Nothilfe: „*Hilfe verteidigen, kritisieren, überwinden.*“



medico international

Die Organisation

Sozialmedizinische Hilfs- und Menschenrechtsorganisation

Streitet für das Menschenrecht auf Gesundheit
(gemäß WHO-Definition)

In 33 Ländern mit zahlreichen Partnerorganisationen aktiv

53 hauptamtliche Mitarbeiter*innen im In- und Ausland

Partner in Israel/oPt

Besetztes palästinensisches Gebiet

Al Haq, Al Marsad, Al Mezan, Culture & Free Thought Association, Palestinian Medical Relief Society, Shababeek, Union of Agricultural Work Committees

Israel

Adalah, Akevot, Baladna, Shovrim Shtika, HaMoked, Kerem Navot, PCATI, Who Profits, Physicians for Human Rights



Angestellte der Palestinian Medical Relief Society in einer Klinik in Sufa/Khan Younis, Gazastreifen. Photo: Gordon Welters

Arbeitsbereiche vor Ort

Humanitäre Hilfe, Gesundheit

Ernährungssouveränität, Land-
und Wasserrechte

Bürger- und Menschenrechte,
Geschichtspolitik

Unterstützung von Projekten
gegen Rückentwicklung und
Fragmentierung



Angestellte der Palestinian Medical Relief Society in einer Klinik in Sufa/Khan Younis, Gazastreifen. Photo: Gordon Welters

Israel/Palästina in Deutschland

Worüber sprechen?

Politik? Recht?

Menschenrechte? Völkerrecht?

Israel? Zionismus? Antisemitismus?

Kultur? Medien?

Vereine, Stiftungen, NGOs?



Demonstration gegen den Gaza-Krieg, 12.05.2021, Rathaus Neukölln. Photo: Riad Othman

Politik: Koalitionsverträge im Vergleich

2018 hieß es: „Wir bekennen uns zu der **besonderen Verantwortung Deutschlands** gegenüber Israel als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das **Existenzrecht Israels** ist für uns **unumstößlich und ein Pfeiler deutscher Politik**. Unser Ziel ist ein Leben aller Menschen im Nahen und Mittleren Osten ohne Angst und in Würde.“

Quelle: Koalitionsvertrag 2018 zwischen CDU, CSU und SPD.
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/koalitionsvertrag-zwischen-cdu-csu-und-spd-195906>

Auszug aus dem **Koalitionsvertrag 2021** „Mehr Fortschritt wagen“

Die Sicherheit Israels ist für uns Staatsräson. Wir werden uns weiter für eine verhandelte Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 einsetzen. Die anhaltende Bedrohung des Staates Israel und den Terror gegen seine Bevölkerung verurteilen wir. Wir begrüßen die begonnene Normalisierung von Beziehungen zwischen weiteren arabischen Staaten und Israel. Wir machen uns stark gegen Versuche antisemitisch motivierter Verurteilungen Israels, auch in den VN.

Einseitige Schritte erschweren die Friedensbemühungen und müssen unterbleiben. Von der palästinensischen Seite erwarten wir Fortschritte bei Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Dies gilt ebenso für den Verzicht auf jede Form von Gewalt gegen Israel. Wir fordern den Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus.

Den Aufbau eines deutsch-israelischen Jugendwerks wollen wir in die Wege leiten. Wir werden das VN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) weiter finanziell unterstützen und dabei einen unabhängigen Monitoringprozess unterstützen, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800>

Politik zu 75 Jahre Israel

„Es ist etwas Besonderes, [...] dass wir sagen können, das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel zählen zum unverbrüchlichen und unverzichtbaren Kernbestand der Politik der Bundesrepublik Deutschland und aller unserer staatlichen Institutionen.“

12. Mai 2023

75. Jahrestag Gründung des Staates Israel



Politik zu 75 Jahre Israel

„Auf dem Militärstützpunkt Tel Nof werden dt. Soldaten von Angehörigen der israel. Streitkräfte an der Heron-Drohne [...] ausgebildet. Dt. und israel. Soldaten leben und arbeiten Seite an Seite für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratien und den Einsatz für gemeinsame Werte in der Welt.“

12. Mai 2023

75. Jahrestag Gründung des Staates Israel



Quelle: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7554038#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTU0MDM4&mod=mediathek>

Politik zu 75 Jahre Israel

„Die Versöhnung zwischen Deutschland und den Jüdinnen und Juden erfüllt mich, erfüllt uns mit großer Dankbarkeit. Erscheint es nicht nach dem Holocaust wie ein Wunder, dass die Jugend und die Menschen der Zivilgesellschaft sich so rege austauschen?“

12. Mai 2023

75. Jahrestag Gründung des Staates Israel



Quelle: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7554039#url=L21IZGIhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTU0MDM5&mod=mediathek>

Politik zu 75 Jahre Israel

„Und ich höre auch aus Israel mahnende Worte hinsichtlich des Konflikts mit den Palästinensern. Das Leid auf beiden Seiten ist unendlich groß. Es stehe viel auf dem Spiel, und der Konflikt sei eine große Gefahr für das jüdische Volk. Für sie liegt ein Ausgleich mit den Palästinensern in zentralem Sicherheitsinteresse.“

12. Mai 2023

75. Jahrestag Gründung des Staates Israel



Quelle: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7554039#url=L21IZGIhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTU0MDM5&mod=mediathek>

Politik zu 75 Jahre Israel

[...] „Wie stark die Sicherheit bedroht ist, sieht man an den Raketen, die diese Woche auf Tel Aviv abgeschossen wurden. Ich möchte es ganz klar sagen: Israel hat jedes Recht, sich zu verteidigen, und die aktuellen Angriffe sind aufs Schärfste zu verurteilen.“

12. Mai 2023

75. Jahrestag Gründung des Staates Israel



Quelle: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7554039#url=L21IZGIhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTU0MDM5&mod=mediathek>

Politik zu 75 Jahre Israel

„Dass Israel uns die Hand gereicht hat nach der Shoah, nachdem Deutschland die größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte begangen hat, nach dem Mord an den Juden Europas, der so unermessliches Leid verursacht hat,...

12. Mai 2023

75. Jahrestag Gründung des Staates Israel



Quelle: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7554036#url=L21IZGIhdGhla292ZXIsYXk/dmkZW9pZD03NTU0MDM2&mod=mediathek>

Politik zu 75 Jahre Israel

...dass Israel uns die Hand gereicht hat, das ist etwas, für das wir immer dankbar sein werden, und es ist unsere Verantwortung für immer, die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.“

12. Mai 2023

75. Jahrestag Gründung des Staates Israel



Quelle: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7554036#url=L21IZGIhdGhla292ZXIsYXk/dmkZW9pZD03NTU0MDM2&mod=mediathek>

Die große Leerstelle

Nakba

Defizitäre Demokratie mit ethno-religiös definierten Privilegien seit 1948

Zusammenhang zw. Innenpolitik und Siedlungsprojekt

(Ausnahme: Jürgen Trittin)

Fraktionen würdigen Staatsgründung Israels vor 75 Jahren



© Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com | Eyal Warshavsky

Quelle: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw19-de-vereinbarte-debatte-israel-945484>

Politische Beschlüsse

Bis dato **über 30 Beschlüsse** „gegen Antisemitismus“, in der Regel mit Fokus auf BDS

Starke politische und diskursive Wirkung, ohne Kontrollmechanismen wie bei Gesetzen

Bisher alleine in der BRD **6 gerichtl. Entscheidungen** gegen Anti-BDS-Beschlüsse bzw. Verwaltungspraxis



Screenshot der Videoaufzeichnung des Redebeitrags von MdB der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Christian Lange vom 17. Mai 2019 während der Debatte zum Anti-BDS-Beschluss. Quelle: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7356259#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03MzU2MjU5JnZpZGVvaWQ9NzY1Nj11OQ==&mod=mediathek>

Recht und (Un-) Gleichheit

AS-Beauftragter Felix **Klein** **behauptet** wider besseres Wissen **Einzelfallcharakter** des Urteils

Zahl der Urteile zeigt bereits, dass **Beschlüsse aus diversen Gründen ungesetzlich** sind

Klein auch in sonstiger Tätigkeit auf Israel fixiert, **selektive Wahrnehmung problematischer Positionen**

Auszug aus Artikel „Zentralrat der Juden kritisiert umstrittenes BDS-Urteil“

Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, bedauerte das Urteil. Es sei eine »verpasste Chance«, BDS-Umtrieben gegen den demokratischen Staat Israel in Räumlichkeiten der öffentlichen Hand grundsätzlich zu untersagen. Es handele sich jedoch um eine Einzelfallentscheidung hinsichtlich der spezifischen Konstellation in München. »Das bedeutet, Kommunen können weiterhin bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, BDS-Veranstaltungen in öffentlichen Räumlichkeiten verweigern.« Jede einzelne Verwaltung müsse dies sorgsam prüfen.

Quelle: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/zentralrat-der-juden-kritisiert-umstrittenes-bds-urteil/>

Heute ist [#Israeltag!](#)

Gefeiert wird der 74. Jahrestag der Staatsgründung Israels am Wittenbergplatz in [#Berlin](#). Neben Redebeiträgen gibt's den Nachmittag über israelische Speisen, Getränke und Live-Musik. [#b0605](#)
[@DIG_BB](#) [@JuFoDIGBerlin](#)



4:26 nachm. · 6. Mai 2022 · Twitter for Android

8 Retweets 1 Tweet zitieren 43 „Gefällt mir“-Angaben



... Diskurs und Öffentlichkeit



Diskurs und Öffentlichkeit

Die Rolle von Organisationen wie AJC, ELNET, NAFFO, Wertinitiative, Amadeu Antonio Stiftung, RIAS, DEIN u. a.

Nutzung einer Kombination aus politischen und medialen Kontakten sowie öffentl. Kampagnen, um

- Antizionismus bzw. Kritik am Zionismus und Antisemitismus in eins zu setzen
- Kritik an israelischem Regierungshandeln mit AS zu vermengen (3D)
- dringend notwendige Bekämpfung des AS mit Fragen der Politik des Staates Israel zu vermischen (s. Streit um IHRA vs. JDA und Debatten um Erinnerungskultur)

IHRA vs. JDA

Widerstreitende Definitionen zu Antisemitismus

IHRA staatlich und institutionell etabliert, unterstützt und verbreitet

Flankiert von vorgenannten und anderen Organisationen, die für eine unkritische, teils bedingungslose Unterstützung Israels eintreten

JDA von kritischen jüdischen Genozidforscher:innen und Historiker:innen entwickelt, in der Regel mit klarer Haltung gegen Besatzung und Siedlungsbau und in Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung

Außenpolitisches Ziel

Die deutsche und europäische Position

Bedingt durch seine Geschichte trägt Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber Israel als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Gleichzeitig erkennt Deutschland das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihr Streben nach einem eigenen Staat an. Deutschland und seine Partner sind überzeugt: Nur durch Verhandlungen ist das Ziel erreichbar, dass letztlich ein unabhängiger, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel lebt. Nur eine für beide Seiten akzeptable, **verhandelte Zwei-Staaten-Lösung** kann zu einem dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern führen.

Außenpolitisches Ziel

Skizze einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung

Die deutsche Nahostpolitik ist eingebettet in die europäische Politik für die Region. Die Europäische Union ist neben Russland, den USA und den Vereinten Nationen Mitglied im Nahost-Quartett (s. Info-Box), das 2003 einen Plan – die sogenannte „Roadmap“ – mit Verhandlungsparametern für die strittigen Endstatusthemen vorgelegt hat. An dieser Roadmap orientiert sich die Europäische Union in ihren **Ratsschlussfolgerungen**  Parameter für Verhandlungen über die Endstatusfragen skizziert:

- Für **Jerusalem** soll eine Lösung als zukünftige Hauptstadt von zwei Staaten gefunden werden, die den Ansprüchen beider Seiten gerecht wird.
- Für die **Flüchtlingsfrage** bedarf es einer gerechten, fairen, vereinbarten und realistischen Lösung.
- **Sicherheitsarrangements** sollen die palästinensische Souveränität respektieren und den Palästinensern demonstrieren, dass die Besatzung vorbei ist. Gleichzeitig sollen sie die Sicherheit Israels gewährleisten, Terrorismus verhindern und einen effektiven Umgang mit Sicherheitsbedrohungen ermöglichen.
- Eine Vereinbarung über die künftigen **Grenzen** soll auf den Grenzen vom 4. Juni 1967 basieren; dabei können sich die Konfliktparteien auf einen gleichwertigen Landtausch einigen. Die Europäische Union wird nur solche Änderungen der Grenzen vom 4. Juni 1967 anerkennen, die von den Konfliktparteien vereinbart worden sind.

Menschenrechte und Völkerrecht

Auszug aus den „Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 08.02.2021“

Die Bundesregierung hatte in dem Verfahren ihre Rechtsauffassung in einem sogenannten Amicus-Curiæ-Brief dargestellt, also in einem Schriftsatz der sogenannten Freunde des Gerichts, den wir auf Einladung des Gerichts Anfang vergangenen Jahres verfasst haben und in dem wir unsere Rechtsauffassung dargelegt haben. Die Richter der Vorverfahrenskammer sind nun mehrheitlich einer anderen Argumentation gefolgt.

Unsere Haltung in der Sache ist unverändert. Nach unserer Rechtsauffassung sind der Internationale Strafgerichtshof und seine Anklagebehörde aufgrund des Fehlens des völkerrechtlichen Elements der Staatlichkeit von Palästina nicht zuständig. Ein palästinensischer Staat und die Festlegung territorialer Grenzen können - das haben wir an dieser Stelle schon vielfach dargestellt - nur durch direkte Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern erreicht werden.

Menschenrechte und Völkerrecht

Auszug aus den „Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 03.05.2021“

Bericht von Human Rights Watch zum Umgang Israels mit Palästina

FRAGE: An das AA: Es geht um den Bericht von Human Rights Watch zu Israel und Palästina, der in der letzten Woche herausgekommen ist. Human Rights Watch hat festgestellt, dass die israelischen Behörden Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, nämlich Apartheid und Verfolgung. Sie konnten uns zu dem Bericht aber noch keine Einschätzung geben. Was sagen eigentlich das Auswärtige Amt und die Kanzlerin zu dem Bericht, Herr Seibert?

SEIBERT (BReg): Ich fange vielleicht einmal an. Wir haben als Bundesregierung die Veröffentlichung dieses Berichtes von Human Rights Watch zur Kenntnis genommen. Ich will nur so viel sagen: Die in dem Bericht vertretene Auffassung, Israel begehe das Völkerrechtsverbrechen der Apartheid, macht sich die Bundesregierung ausdrücklich nicht zu eigen.

ZUSATZFRAGE: Warum?

SEIBERT: Weil wir das nicht für eine richtige Bewertung halten.

Menschenrechte und Völkerrecht

Auszug aus den „Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 03.05.2021“

ZUSATZFRAGE: Die andere Bewertung von Human Rights Watch ist Verfolgung. Das ist ja auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das machen Sie sich zu eigen, wenn Sie Apartheid ablehnen.

SEIBERT: Hier sind vor allem völkerrechtliche Fragen berührt, die vielleicht auch das Auswärtige Amt beantworten sollte.

Nur so viel: Der Bericht geht von einem einzigen Rechtsraum zwischen Mittelmeer und dem Jordan aus, also quasi einem Ein-Staaten-Regime. Das ist explizit nicht die rechtliche Auffassung der Bundesregierung. Ich will jetzt mehr dazu nicht sagen, weil das wirklich tief ins Völkerrechtliche reicht und da vielleicht das Auswärtige Amt befugter ist.

ADEBAHR (AA): Wir können ja auch noch zu anderen Besatzungsfragen kommen.

Es gelten also dort, wie Herr Seibert gerade schon gesagt hat, die Schutzbestimmungen des humanitären Völkerrechts und insbesondere die der Vierten Genfer Konvention. Diese Verpflichtungen sind zu beachten. Die Bundesregierung setzt sich gegenüber Israel auch durchgängig dafür ein.

Politisch sind wir unverändert der Auffassung, dass eine verhandelte Zweistaatenlösung zwischen Israel und den Palästinensern geeignet ist, um dauerhaft Frieden und Würde und die Verwirklichung der Menschenrechte für Israelis und Palästinenser gleichermaßen zu verwirklichen. Auch dafür setzen wir uns ein.

Das vielleicht noch einmal zur politischen, völkerrechtlichen Einordnung.

Falschdarstellung
des Inhalts: HRW
ging gerade **nicht**
„von einem
einzigem
Rechtsraum
zwischen
Mittelmeer und
dem Jordan aus“

Deutsches Engagement vor Ort

Zisternen und Tankklaster

Netzwerkausbesserung und
Abwasser

Capacity-building
(Grauwassernutzung)

Kurse zur Wassereinsparnis



Raising public awareness on water conservation - workshop with school children - Ramallah 2007.

Engagement im Wassersektor im Wandel

1990er Jahre bis kurz nach Oslo: Schwerpunkt auf Tiefbrunnen

Späte 1990er Jahre: zunehmender israelischer Widerstand
(Einführung der Konditionalität auf Gegenseitigkeit im JWC 1997
unter Netanjahu)

Verlagerung auf Abwasserentsorgung

Lfd. oder geplante Projekte: Wasser 1-2, Abwasser 5-6 (Stand 2015)

Dt. Ausstieg und Wiedereinstieg



Themen Länder Mitmachen Aktuelles Ministerium

Deutschland nimmt die Unterstützung des Wassersektors in den Palästinensischen Gebieten wieder auf

Pressemitteilung vom 24. Mai 2023 | Deutschland wird sich wieder im palästinensischen Wassersektor, auch im Westjordanland engagieren. Das ist eines der wichtigsten Ergebnisse der gestern abgeschlossenen Regierungsverhandlungen zur deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit. Die prekäre Wassersituation im Nahen Osten hat großen Einfluss auf die Lebensbedingungen der Palästinenser*innen. Durch Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere dem Bau von Kläranlagen sowie Unterstützung bei der Entsalzung von Meerwasser, profitieren landesweit schätzungsweise 1,8 Millionen Menschen von der verbesserten Wasserver- und Abwasserentsorgung. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zu-



Understanding, preventing and solving land conflicts

A practical guide and toolbox



House Demolition Palestine 2016

The challenge:

The Palestinians had only hardcopies of the Area A/B/C borders (from the Oslo Accords) on maps with very big scales. Depending on the scale, the border line could be as wide as 600 metres in reality. These maps made it difficult to decide if a building permit could be given by Palestine (Area A/B) or by Israel (Area C). This difficulty resulted in many new constructed houses near the Area C border being destroyed by Israel (see stars in figure 1) because they were constructed based on a Palestinian building permit, but the houses were in Area C.

CASE STUDIES – GOOD PRACTICES FROM PROJECT LEVEL

The conflict was/is a problem for:

- *The individual who invested, or is planning to invest, in constructing a new home in areas that are close to the border. If the individual received a building permit from the Palestinian institutions and it turns out that the land is actually located in Area C, then the house will be destroyed and the person will need to pay also for the demolition.*
- *The Palestinian Government because the public lost trust in the capabilities of their institutions.*

The available border data set is still not the same as the one Israel uses, but the Palestinians are now aware of the differences and can handle as needed.



Figure 1: Demolition orders (pink stars) near the Area C borders (red line) of the West Bank

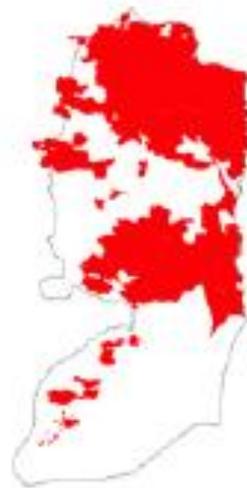
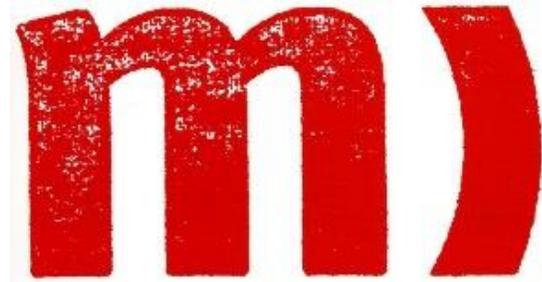


Figure 2: Registered parcels (red) in the West Bank (gray line)



medico international

Hilfe im Handgemenge.

www.medico.de